

Staatliches Ehrenzeichen für Verdienste im Rettungsdienst

Freiwillige Helfer im Rettungsdienst sollen durch Verleihung von staatlichen Ehrenzeichen öffentlich anerkannt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf „über die Stiftung eines Rettungsdienst-Ehrenzeichens“ der CDU-Fraktion vor. Die SPD stimmt dem Anliegen grundsätzlich zu, möchte aber auch ehrenamtliche Leistungen in sozialen Bereichen ausgezeichnet wissen und Kriterien für die Verleihung anders gewichten. Auch die Regierung begrüßt das Grundanliegen des Entwurfs.

Helmut Loos (CDU) begründete den Antrag auch als Chance des Staates, „Bürgertugend zu fordern und zu fördern“. Wie seit zwanzig Jahren Angehörige der Feuerwehr verdienten auch die ehrenamtlichen Helfer bei Rettungsdiensten staatliche Anerkennung. In den Hilfsorganisationen seien viele tätig, die mit großem Engagement in ihrer Freizeit eine intakte Abwehr von Schadensfolgen gewährleisten. „Es ist für unsere Bevölkerung außerordentlich beruhigend zu wissen, daß es solche Organisationen gibt.“

Horst Hein (SPD) bezeichnete das Anliegen als wichtigen Denkanstoß, neben Bundesverdienstkreuz und Rettungsmedaille ehrenamtliche Hilfeleistungen auszuzeichnen. Allerdings sei zu fragen, ob das dann nicht auch für die Alten- und Krankenpflege und andere soziale Bereiche geschehen müsse. Die Einzelheiten des CDU-Vorschlags bezeichnete er als „Funktionärsregelung“, da längere Dienstzeiten höher als besonders mutiges Verhalten bewertet würden. Bei der Beratung im Ausschuß müsse aus dem „mißratenen Entwurf ein vernünftiges Gesetz“ gemacht werden.

Dr. Herbert Schnoor (SPD), Innenminister, stimmte dem Anliegen der CDU ausdrücklich zu, Dank und Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeit auszusprechen. Er sprach sich wie die SPD dafür aus, die im übrigen Bereich des Gesundheitswesens auszeichnungswürdigen Sachverhalte in die Überlegungen einzubeziehen. Der Entwurf wurde einstimmig an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent, und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

„Wenn Nordrhein-Westfalen heute im Behindertenbereich nicht ganz schlecht dasteht, dann darf sich die CDU-Fraktion einen Teil dieses Erfolges anrechnen“, meint Doris Altewischer im Gespräch. Daß sie selber es war, die vor allem auf dem Gebiet der Sonderschulen immer wieder gedrängt und schließlich „einiges vorangebracht“ hat, verschweigt die Unionspolitikerin bescheiden.

Ihr Engagement ging so weit, daß ihre Parlamentskollegen für sie den Spitznamen „Miß Sonderschule“ erfanden und die SPD-Abgeordnete Ingeborg Friebe respektvoll witzelte: „Was brauchen wir auf dem Sektor ein Gesetz – wir haben doch Frau Altewischer.“

Die heute 55jährige gehört zu den Stillen im Land. Sie hält mehr Kontakt mit den Kleinen als mit den Großen. Auch nach 18jähriger Zugehörigkeit zum Parlament gibt sie zu, daß sie noch immer vor jeder Rede Lampenfieber hat.

Dabei wollte die Unionsdame ursprünglich Schauspielerin werden. Doch dann entdeckte die Tochter eines Journalisten und aktiven Zentrumspolitikers, der im Dritten Reich verfolgt, inhaftiert und mit Berufsverbot bestraft worden war, ihr soziales Engagement. Vor allem behinderten Mitbürgern, die selber nicht für ihr Recht eintreten können, gehörte ihr Mitgefühl. Tief religiös, zog Doris Altewischer die Konsequenz.

Sie vertauschte den Schauspielunterricht mit dem Lehrerseminar und studierte an der Pädagogischen Hochschule in Dortmund, in Weilburg in Hessen und an der Abteilung für Heilpädagogik in Köln, machte 1953 ihr erstes und 1956 ihr zweites Lehrerexamen, bestand das Montessori-Diplom und die Sonderschullehrerprüfung. Sie unterrichtete Lernbehinderte und Zöglinge in Fürsorge-Erziehungsheimen. Schließlich kam die sozial engagierte Pädagogin Mitte der sechziger Jahre an das Westfälische Institut für Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Hamm.

Während ihrer Ausbildung wurde Doris Altewischer klar, daß sie für ihre Schützlinge nur etwas erreichen konnte, wenn sie den politischen Weg einschlug. 1961 trat sie der Union bei. Danach ging es mit ihrer politischen Karriere schnell voran. „Ich habe nie ein Amt angestrebt. Die Posten sind mir immer zugefallen“, erinnert sich die CDU-Politikerin heute. Noch im gleichen Jahr ihres Parteieintritts wurde sie zur Landesbeauftragten der Jungen Arbeitnehmerinnen im CDU-Landesverband Westfalen-Lippe gewählt und dadurch in den Landesvorstand der CDU-Sozialausschüsse. 1964 wurde sie für den stellvertretenden Vorsitz ihrer Landespartei von Hermann-Josef Dufhues vorgeschlagen und mit großer Mehrheit gewählt. Die Nominierung auf der Reserveliste als Nummer eins der westfälisch-lippischen Frauen ergab sich dann bei der nächsten Landtagswahl fast von selbst. Seit 1966 ist Doris Altewischer im Düsseldorf Land-



Doris Altewischer (CDU)

tag. „Ich habe mich im Parlament immer als Stimme der Stimmlosen und Außen-seiter verstanden, der Menschen, die sich nicht artikulieren können“, umreißt die Unionsdame ihr politisches Selbstverständnis.

Im Landtag stellten die Kollegen bald fest, daß in der CDU-Fraktion jemand war, der mit Fingerspitzengefühl und einer gehörigen Portion Zähigkeit für die Belange der behinderten Mitbürger eintrat. Besonders im Sonderschulbereich wurde Doris Altewischer aktiv.

Mit Erfolg warnte sie aber auch vor modischen Trends in der Sozialpolitik. So erhob sie mahnend ihre Stimme, als Parlamentskollegen die Heimerziehung abschaffen wollten. Lange ehe andere das Thema aufgriffen, machte sie – wohl als erste Politikerin überhaupt – auf das Problem ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik aufmerksam. Doris Altewischer setzte sich für eine Strafvollzugsreform ein. Immer sah man sie an vorderster Front, wenn es darum ging, sich für einen Abbau von Vorurteilen gegen Zigeuner und Obdachlose einzusetzen.

Dem nächsten Landtag wird Doris Altewischer nicht mehr angehören. „Neunzehn Jahre Abgeordnetenzzeit sind genug“, meint sie und fügt hinzu, „es gibt ja auch noch andere Dinge und Werte in Leben.“ Die engagierte Sozialpolitikerin, die seit 1975 in Dortmund-Westerfild in einer Bergarbeitersiedlung lebt, möchte sich künftig in diesem sozialen Umfeld um die Probleme ihrer Mitbürger kümmern. „Die Menschen haben so viele Sorgen, angefangen von Mietproblemen bis zu ganz persönlichen Dingen, mit denen sie nicht fertig werden, da möchte ich helfen.“

Eine noch größere Rolle als bisher wird in Doris Altewischers neuem Lebensabschnitt die Religion spielen. In ihrer Kirchengemeinde will sie die Bibelarbeit vorantreiben und sich selber verstärkt mit religiöser Literatur auseinandersetzen. „Das heißt nun aber nicht, daß ich auch hin und wieder gern einen verjazzten Bach höre oder auch einmal ein kitschiges Buch mit Happy-End lese“, verrät sie über ihre Freizeithobby.

Gerlind Schaidt